Nachrichten aus der Forschung

Katharina Täufert

»Krieg der Welten«

Wissenschaftliche Tagung zur Geschichte des Kalten Krieges, veranstaltet vom Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Bundeszentrale für Politische Bildung, der Stiftung Berliner Mauer und dem Zentrum Kalter Krieg e.V., Berlin, 26. bis 27. Februar 2015

DOI 10.1515/mgzs-2015-0013

Im Kontext gegenwärtiger politischer Zuspitzungen, wie etwa in der Ostukraine, gewinnt die Geschichte des Kalten Krieges an neuem Interesse. Dabei wird deutlich, dass dieses Themenfeld noch immer Forschungsdesiderate und -potenziale aufweist. Die wissenschaftliche Tagung »Krieg der Welten« griff diesen Umstand 70 Jahre nach der Konferenz von Jalta auf und legte einen Schwerpunkt auf die Analyse von Anfang und Ende der weltumspannenden Systemauseinandersetzung im lokalen und globalen Kontext. Sie nahm eine internationale Betrachtung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Auswirkungen des Systemkonflikts vor, richtete den Blick in einer öffentlichen Abendveranstaltung jedoch auch auf Berlin als »das« Symbol des Kalten Krieges zwischen Aufteilung, Mauerbau und Mauerfall. Die zweitägige Konferenz thematisierte zunächst die Genese und Existenz des Kalten Krieges, während die letzten drei Sektionen sein Ende und Erbe beleuchteten.

Winfried Heinemann (Potsdam) eröffnete die Sektion »Vom Verbündeten zum Feind: Das Verhältnis USA/Sowjetunion in den Jahren 1946 bis 1948«. *Bernd Greiner* (Hamburg) lenkte unter dem Titel »Nachkriegssituation, Systemkonflikt und Atombombe« das Augenmerk auf die politische Bedeutung der Atombombe als militärisch »stumpfe« Waffe: Ohne sie sei die Dynamisierung des Kalten Krieges in seiner Gänze nicht verständlich. Greiner erläuterte beispielhaft die von Richard Nixon im Vietnamkrieg gewählte Taktik der »Madmen-Theory«, also das

Kontakt: Katharina Täufert, Stiftung Berliner Mauer, Berlin,
E-Mail: taeufert@stiftung-berliner-mauer.de

Suggestieren irrationalen Verhaltens und des Einsatzes von Atomwaffen zur Erzeugung von Angst im Ostblock.

Die Entwicklungen in den USA schilderte *Christian F. Ostermann* (Washington D.C.) mit Fokus auf die außenpolitischen Gründe für eine aufsteigende anti-kommunistische Stimmung der US-Regierung und in weiten Teilen der Bevölkerung. Insbesondere das »lange Telegramm« von George F. Kennan mit seiner Einschätzung des »Sowjetsystems« sowie die Containment-Politik inklusive Marshall-Plan dienten dabei als Impulse. *Vladimir Pechatnov* (Moskau) beleuchtete die Situation in der Sowjetunion. Er begründete die dortige politische Entwicklung mit der konsequenten Verfolgung strategischer Sicherheitsbestrebungen, wozu unter anderem die Schwächung Deutschlands und die Wiederherstellung der Grenzen von 1941 mit einem Gürtel »befreundeter Staaten« zählte. Die Interpretation des Handelns aus einem reinen Sicherheitsbedürfnis heraus wies *Krzysztof Ruchniewicz* (Breslau) entschieden zurück. Er interpretierte das sowjetische Verhalten als Besatzungs- und daran anschließende Sowjetisierungspolitik. Auch kritisierte er die fehlende Beachtung der Lage der Staaten Ostmitteleuropas.

Unter dem Titel »Vom Kalten zum Heißen Krieg: Korea 1950 bis 1953 – Vietnam 1955 bis 1975« nahm Bernd Greiner eine Strukturanalyse beider Kriege vor. Sowohl im Vietnam- als auch im Koreakrieg wurde von den Siegermächten ein Kampf um Glaubwürdigkeit ausgefochten, der die Fortführung beider Kriege entgegen besserem Wissen bewirkte. Greiner identifizierte dabei drei wesentliche Gemeinsamkeiten: 1) Innen- und Außenpolitik verbanden sich miteinander und wurden von der Angst vor einem Dominoeffekt beeinflusst. 2) Der »große Krieg« erfuhr eine Entwertung, während eine Aufwertung der »kleinen Kriege« erfolgte. 3) Im Zuge des »New Look« unter Dwight D. Eisenhower wurde die Aufrüstung mit Atomwaffen forciert, während parallel dazu die konventionelle Kriegführung vernachlässigt wurde. Diese drei Charakteristika reduzierten schließlich die eigenen Handlungsoptionen und führten in die Glaubwürdigkeitsfalle. Man musste die Kriege durchstehen, um das Gesicht nicht zu verlieren.

Auf dem Podium, moderiert von *Gerhard Sälter* (Berlin), kam die Funktion der Geheimdienste im Kalten Krieg zur Sprache. Während Greiner auf die Angstpropaganda beider Machtblöcke verwies, skizzierte *Gundula Bavendamm* (Berlin) die Geschichte des britisch-amerikanischen Spionagetunnels in Berlin-Rudow, der 1955/56 zur Abhörnung der sowjetischen Kommunikation genutzt wurde.

In der von Christian F. Ostermann geführten Sektion wurde der Blick des Systemkonflikts auf andere Schauplätze ausgeweitet. »Die globale Dimension des Kalten Krieges: Dekolonialisierung, kleine Konflikte, Kuba-Krise« leitete *Sergey Radchenko* (Aberystwyth, GB) mit einer Neuinterpretation des Kalten Krieges ein, die den Imperativ der Anerkennung als Entscheidungskriterium der Supermächte präsentierte. Am Beispiel der Kuba-Krise hinterfragte er die Motive Nikita

Chruschtschows für ein Eingreifen der Sowjetunion: Ging es um die Rettung der Revolution oder stand die Wahrnehmung als Retter im Vordergrund? Aus Sicht des Historikers überwog Chruschtschows Angst, von Verbündeten und Gegnern als nicht ebenbürtig angesehen zu werden.

An diese Interpretation Radchenkos knüpfte *Jan C. Behrends* (Potsdam) in seinem Kommentar an. Er hielt fest, dass Josef Stalin stärker auf eine Anerkennung der Sowjetunion als europäische und weniger als globale Macht bedacht gewesen sei. *Klaas Voß* (Hamburg) bezog Radchenkos These hingegen auf US-amerikanische »covert operations« und die Frage, wie diese einer Politik der Anerkennung dienen könnten. Am Beispiel des Bürgerkrieges in Angola (1975/76) belegte Voß, dass verdeckte Operationen absichtlich bekannt gemacht wurden. Die geringe geostrategische Bedeutung Angolas für die USA sei Henry Kissinger bekannt gewesen. Er präferierte jedoch ein Eingreifen, um vor den Verbündeten in der Region als aktive Macht zu erscheinen.

Der Titel der Sektion »Die Einbindung der Bundesrepublik in den Westen, die »neue Ostpolitik« und die Entwicklung in Europa bis Anfang der 1980er-Jahre« versprach eine große Themenvielfalt. *Rolf Steininger* (Innsbruck) erörterte seine These, die Integration Westdeutschlands in das anglo-amerikanische Bündnis-system habe der nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges proklamierten Kontrolle Deutschlands gedient. Er skizzierte die zentralen Stationen dieser Einbindung zwischen 1948 und 1979, die vom Marshallplan, über die Gründung der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, den west-deutschen Beitritt zur NATO und die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte bis zum NATO-Doppelbeschluss reichte. Steininger betonte, dass die persönlichen Beziehungen zwischen den agierenden Politikern in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzen seien und illustrierte dies beispielhaft am tiefen Zerwürfnis von USA und Bundesrepublik in der Regierungszeit von Jimmy Carter und Helmut Schmidt sowie am wieder stärker werdenden Vertrauen unter Ronald Reagan und Helmut Kohl. *Bernd Faulenbach* (Bochum) kritisierte die Engführung des Vortrags auf die USA und die damit einhergehende Ausblendung weiterer Vetospieler.

Auf dem von *Meik Woyke* (Bonn) moderierten Podium standen hauptsächlich die persönlichen Beziehungen und Sympathien US-amerikanischer und sowjetischer Akteure zu Deutschland sowie deren Deutschlandpolitik als maßgebende Einflussfaktoren zur Diskussion. *Manfred Wilke* (Berlin) mahnte aber auch die Beachtung weiterer Aspekte an, wie etwa die im Zuge der 68-Bewegung entstandenen Neuen Sozialen Bewegungen.

Der Abendvortrag »Berlin im Kalten Krieg« rückte das Selbstbild der geteilten Stadt als Zentrum des Kalten Krieges in den Fokus. *Konrad H. Jarausch* (Chapel Hill, USA) verwies darauf, dass die Sonderrolle Berlins eine besondere Verantwortung für eine unparteiische Darstellung des Konflikts, die lokale und globale

Ebenen miteinander verbindet, bedeute. Er lenkte den Blick auf die Öffnung der Berliner Mauer als zentrales Symbol für das Ende von Kaltem Krieg und Kommunismus. Dabei forderte Jarausch jedoch gleichzeitig, dass der Beitrag Osteuropas zu den Ereignissen um 1989/90 nicht unterschlagen werden dürfe. Die Interpretation des Sieges westlicher Werte greife zu kurz. Am Ende seines historischen Abrisses der deutschen Nachkriegsgeschichte bekräftigte Jarausch seine Forderung nach einem »Zentrum Kalter Krieg« am Checkpoint Charlie.

Die Konkurrenz beider wirtschaftlicher und politischer Systeme bestimmte die Debatte, die Gerhard Säler leitete. Der Kampf um die Loyalität der Berliner, so *Eberhard Diepgen* (Berlin), sei auch in der Rolle Westberlins als »Schaufenster des Westens« zu erkennen. *Helga Schubert* (Alt Meteln) sah diese Systemkonkurrenz insbesondere in der Moderne Westberlins repräsentiert, deren Existenz sie für die DDR in Abrede stellte. Jarausch widersprach dieser Ansicht heftig und hielt das Modell der sozialistischen Moderne entgegen, die eine nichtkapitalistische Interpretation der Moderne darstellte. »Moderne« sei darüber hinaus nicht per se positiv konnotiert, sondern ihre Auswüchse hätten auch zu Weltkriegen und zum Holocaust geführt. Jarausch resümierte seine Ausführungen mit dem Satz: »Die Moderne ist kein Kuscheltier.« *Patrick Major* (Reading, GB) verwies darauf, dass sich die Spuren des Kalten Krieges auch an Orten finden lassen, an denen man es nicht vermuten würde. Als Beispiel führte er einen Schutzbunker in Reading an, der nach der Ersten Berlin-Krise 1958 gebaut und später wieder vergessen wurde.

Die von *Siegfried Weichlein* (Freiburg) geleitete Sektion trug den Titel »Imperiale Überdehnungen, Wettrüsten, Wirtschaftskrisen: Auf dem Weg zum Ende des Kommunismus und des Kalten Krieges«. Sie enthielt vier Erklärungsansätze für das Ende des Kalten Krieges und den Untergang der Sowjetunion: 1) Die Theorie der imperialen Überdehnung beschreibt die Überforderung der Sowjetunion, mit ihren Kräften und Ressourcen an einer Vielzahl von Einsatzorten gleichzeitig zu agieren. 2) Das militärische Wettrüsten bewirkte, dass die Sowjetunion in ihrer Produktion nicht mehr mithalten konnte. 3) Die Dynamik der Wirtschaftskrisen führte zum Zerfall des sowjetischen Wirtschaftsverbundes für gegenseitige Wirtschaftshilfe. 4) Neue Soziale Bewegungen entwickelten sich infolge der Entspannungspolitik und der Erschöpfung der Logik des Kalten Krieges im Bewusstsein der Menschen. Durch diese Entwicklungen sei das Ende des Kalten Krieges eingeleitet worden.

Andreas Etges (München) setzte sich mit diesen Interpretationsmodellen kritisch auseinander. Dabei betonte er, dass die beschriebenen Entwicklungen teilweise parallel abgelaufen sind und sich gegenseitig unter Berücksichtigung der strukturellen Veränderungen, der politischen Interessen und der Interaktionen der Beteiligten beeinflusst haben. In seinen Redebeiträgen stärkte Winfried Heine mann die militärische Dimension innerhalb der vier Ansätze, während sich *Basil*

Kerski (Danzig) zum gesellschaftspolitischen Mobilisierungspotenzial etwa infolge der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl 1986 äußerte. Abschließend herrschte Einigkeit darüber, dass das Verständnis von dem, was zum Ende des Kalten Krieges führte, zwingend notwendig sei, um auch noch heute verwendete Argumentationsmuster bezüglich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik identifizieren und deuten zu können.

In der Sektion »Das diplomatische und völkerrechtliche Ende des Kalten Krieges« wurde der Ausgang des Kalten Krieges aus politischer Perspektive erörtert. *Markus Meckel* (Berlin) zeigte wesentliche Stationen auf, die von der Friedlichen Revolution zur Deutschen Einheit geführt haben. Dabei konzentrierte er sich auf den Zwei-plus-Vier-Vertrag und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze im Rahmen des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags; berichtete als Zeitzeuge auch über die Integration Gesamtdeutschlands in die Europäische Union (EU) und NATO. Die Unterzeichnung der Charta von Paris als Schlussdokument der KSZE-Sondergipfelkonferenz markiert für ihn das offizielle Ende des Kalten Krieges, das er damit auf den 21. November 1990 datiert. Der ebenfalls als Zeitzeuge geladene *Dieter Kastrup* (Bonn) bewertete die genannten Ereignisse teilweise unterschiedlich, sodass sich das Spannungsmoment des Podiums aus dem Aufeinandertreffen einer ost- und westdeutschen Sichtweise auf die Prozesse der Deutschen Einheit und das Ende des Kalten Krieges ergab.

In der Diskussion wurde darüber hinaus die Wahrnehmung des deutschen Einigungsprozesses aus internationaler Sicht beschrieben. *Krisztián Ungváry* (Budapest) diskutierte die ungarische Perspektive, wobei er auch den Zerfallsprozess im kommunistischen Ungarn ab 1982 infolge des wirtschaftlichen Bankrotts thematisierte. *Jörg Morré* (Berlin) beschrieb die Rolle der Sowjetunion im deutschen Einigungsprozess. Abschließend forderte *Sven Felix Kellerhoff* (Berlin) die Podiumsteilnehmer mit der These heraus, dass man es sich angesichts der Nichtbeendigung des Kalten Krieges außerhalb von Europa nach 1990 und aktueller Entwicklungen wie in der Ukraine zu leicht gemacht habe. Einige Diskutanten verwiesen darauf, dass bereits bestehende Konfliktlösungsinstrumente wie der 2002 gegründete NATO-Russland-Rat nicht ausreichend Anwendung gefunden hätten.

Die letzte Sektion »We all lost the cold war« – Erblasten und Folgen des Kalten Krieges« richtete unter der Moderation von *Jacqueline Boysen* (Berlin) den Blick auf die »Gewinner« und »Verlierer« des Kalten Krieges. Boysen begann mit einem Zitat Michail Gorbatschows: »It's a dangerous conclusion, that the West won the cold war [...] We all lost the Cold War [...] We all won by ending it. That is the scientific conclusion.« Ein endgültiges Fazit dazu, wer gewonnen habe, erschien *Jackson Janes* (Washington D.C.) verfrüht und durchaus gewagt. Es seien zwar aus unserer Sicht bereits 25 Jahre vergangen, doch dabei handle es sich in

der Geschichte lediglich um »eine Sekunde«. Für *Elmar Brok* (Brüssel) seien die Menschen die »Gewinner« des Kalten Krieges, da sie an persönlichen Entscheidungsfreiheiten gewonnen hätten. Diese Bewertung teilte auch *Marie Luise Beck* (Berlin), ergänzte jedoch mit Blick auf Weißrussland, dass »auch Türen, die offen waren, wieder stärker geschlossen wurden«. *György Dalos* (Berlin) konstatierte, dass er die Gefahr eines »echten« Krieges heute als wesentlich ausgeprägter empfinde – gerade im Hinblick auf die Krise in der Ukraine. Beck identifizierte in diesem Konflikt einen massiven Vertrauensbruch Russlands, der Ausdruck eines »an imperialen Kategorien orientierten Systems« sei und von dem einstigen Wunsch nach guter und echter Partnerschaft deutlich Abstand nähme. Dieser Konflikt beherrschte die Sektion. Diskutiert wurden in diesem Zusammenhang tagesaktuelle Fragen, wie die Rolle des Europäischen Parlaments, die Umsetzung des Abkommens Minsk II, die Funktion der NATO und die Haltung Wladimir Putins gegenüber der EU.

Im Rahmen der wissenschaftlichen Tagung »Krieg der Welten« konnte der dem Kalten Krieg immanente Systemkonflikt in seinem vollen zeitlichen Rahmen und in seiner globalen Dimension diskutiert werden. Dennoch dominierte der Blick auf die großen Supermächte, sodass die kleinen, heißen Kriege nur an wenigen Stellen in gebührendem Maße einbezogen wurden. Vielmehr fanden die aktuellen politischen Ereignisse in der Ostukraine sowie auf der Krim Beachtung und verdeutlichten die anhaltende zeitgeschichtliche Brisanz. In dieser Hinsicht erweiterte die Tagung die Bewertung des Kalten Krieges als rein politische Ereignisgeschichte durch die Einbindung kultur- und sozialhistorischer Ansätze.

Die zentrale Erkenntnis der Tagung kann anknüpfend an die Einschätzung von Markus Meckel darin gesehen werden, dass der Kalte Krieg nicht einfach als Systemgegensatz von Freier Welt und kommunistischer Diktatur beschrieben werden kann. Nicht die USA haben den Kalten Krieg gewonnen, sondern der Wunsch der Menschen nach Freiheit, so Jackson Janes, führte durch das Engagement von Bürgerbewegungen zu dessen Ende. In Bezugnahme auf dieses Ziel erinnerte Elmar Brok an die Bedeutung der Europäischen Einigung für die Einheit Deutschlands, die in der gegenwärtigen Rückschau auf 1989/90 zu wenig beachtet werde. Im Ringen um Freiheit seien heutzutage jedoch deutlich mehr Protagonisten involviert als in der Vergangenheit. Neben den USA seien auch die EU oder die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wesentlich stärker als früher an der Gestaltung der Weltpolitik beteiligt.